

AMTSBLATT

G 1292

für den Regierungsbezirk Düsseldorf

181. Jahrgang

Ausgegeben in Düsseldorf, am 22. Juli 1999

Nummer 29

**B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen
der Bezirksregierung****Allgemeine Innere Verwaltung**

- 227 Ungültigkeitserklärung eines Dienstausses (Thomas Dellenbusch).
S. 149
- 228 Ungültigkeitserklärung eines Dienstausses (Polizeimeister Ralph
Gottschlich). S. 150

Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

- 229 Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutz-
gebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Flehe der
Stadtwerke Düsseldorf AG (Wasserwerksbetreiber) – Wasserschutzge-
bietsverordnung Flehe vom 5. Juli 1999 – S. 150

**C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen
anderer Behörden und Dienststellen**

- 230 Ungültigkeitserklärung einer Reisegewerbekarte (Sigrid Wituski).
S. 171
- 231 Ungültigkeitserklärung einer Reisegewerbekarte (Adda Aharchi).
S. 171

Beilage: 1 Karte

B.
**Verordnungen,
Verfügungen und Bekanntmachungen
der Bezirksregierung**

Allgemeine Innere Verwaltung

- 227 **Ungültigkeitserklärung
eines Dienstausses
(Thomas Dellenbusch)**

Bezirksregierung
25.3.2-1504

Düsseldorf, den 13. Juli 1999

Der Dienstauss Nr. 976 des Thomas Dellen-
busch, ausgestellt am 10. September 1993 durch
LKA NRW, ist in Verlust geraten und wird hiermit
für ungültig erklärt.

Abl. Reg. Ddf. 1999 S. 149

228 **Ungültigkeitserklärung
eines Dienstausweises**
(Polizeimeister Ralph Gottschlich)

Bezirksregierung
25.3.2-1504

Düsseldorf, den 14. Juli 1999

Der Dienstausweis Nr. IV/4173 des Polizeimeisters Ralph Gottschlich, ausgestellt am 9. Januar 1996 durch BPA (PAI) Linnich, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Abl. Reg. Ddf. 1999 S. 150

Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

229 **Ordnungsbehördliche Verordnung
zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes
für das Einzugsgebiet
der Wassergewinnungsanlage Flehe
der Stadtwerke Düsseldorf AG
(Wasserwerksbetreiber)
- Wasserschutzgebietsverordnung Flehe
vom 5. Juli 1999 -**

Bezirksregierung
54.17.02-1

Düsseldorf, den 8. Juli 1999

Inhalt:

- § 1 Räumlicher Geltungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Schutzzweck der Zonen I-III und der Sonderschutzzone Rhein
- § 4 Schutz in den Zonen I-III und in der Sonderschutzzone Rhein
- § 5 Duldungspflichten
- § 6 Düngeanzeigeverfahren
- § 7 Anzeigeverfahren zur Anwendung von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln (PBSM)
- § 8 Genehmigungen
- § 9 Befreiungen
- § 10 Vorrang der Kooperation
- § 11 Ordnungswidrigkeiten
- § 12 Andere Rechtsvorschriften
- § 13 Inkrafttreten

Aufgrund der §§ 19 und 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 1996 (BGBl. I S. 1695), der §§ 14, 15, 116, 117, 134 bis 141, 150, 161 und 167 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG -) vom 25. Juni 1995 (GV. NW. S. 925/SGV. NW. 77), der §§ 13, 25, 27 bis 30, 33 und 34 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz - OBG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NW. S. 528/SGV. NW. 2060), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 1993 (GV. NW. S. 987) wird verordnet:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

(1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage **Flehe** der **Stadtwerke Düsseldorf AG** (Begünstigter im Sinne von § 15 Abs. 1 LWG) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

(2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die weitere Schutzzone (Zone III) - diese unterteilt in zwei Bereiche (Zone III B, Zone III A) -, die engere Schutzzone (Zone II) den Fassungsbereich (Zone I) sowie die Sonderschutzzone Rhein.

(3) Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich in der Stadt Düsseldorf auf folgende Gemarkungen und Fluren:

Gemarkung:	Flur:
Himmelgeist	2, 3
Himmelgeist	1, 4 (teilweise)
Wersten	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8
Wersten	9, 10, 13, 14 (teilweise)
Lierenfeld	2, 3, 5, 7 (teilweise)
Flehe	1
Flehe	2, 4, 5 (teilweise)
Unterbilk	20
Unterbilk	19, 21, 22 (teilweise)
Stoffeln	5, 6, 7, 8, 9, 10, 11
Stoffeln	4, 12, 13 (teilweise)
Eller	12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 34, 35, 36, 37
Eller	1, 2, 24, 26, 33, 38, 39 (teilweise)
Gerresheim	36
Gerresheim	35, 37, 38, 39 (teilweise)
Unterbach	16 (teilweise)

(4) Über das Wasserschutzgebiet mit seinen Schutzzonen gibt die dieser Verordnung angefügte Übersichtskarte im Maßstab 1:25 000 einen Überblick.

Im einzelnen ergibt sich die Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und seiner Schutzzonen aus der Schutzgebietskarte im Maßstab 1:5 000, die aus 10 Blättern besteht.

In den Karten sind die Zone III B braun, die Zone III A gelb und die Zone II grün umrandet, die Zone I ist rot angelegt. Die Sonderschutzzone Rhein ist blau umrandet.

Aus der dieser Verordnung beigefügten Anlage A ergeben sich die Genehmigungs- und Anzeigepflichten und Verbote für die einzelnen Schutzzonen.

Die Übersichtskarte, die Schutzgebietskarte und die Anlage A sind Bestandteile dieser Verordnung. Die Verordnung mit Übersichtskarte, Schutzgebietskarte und Anlage liegt zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bei folgenden Behörden aus:

1. Bezirksregierung Düsseldorf
Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf
- Obere Wasserbehörde -
2. Oberstadtdirektor Düsseldorf,
Umweltamt,
Brinkmannstraße 7,
40225 Düsseldorf
- Untere Wasserbehörde -

Anlage (Übersichtskarte) zur ordnungsbehördlichen Verordnung zur Festsetzung eines Trinkwasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage Flehe der Stadtwerke Düsseldorf AG

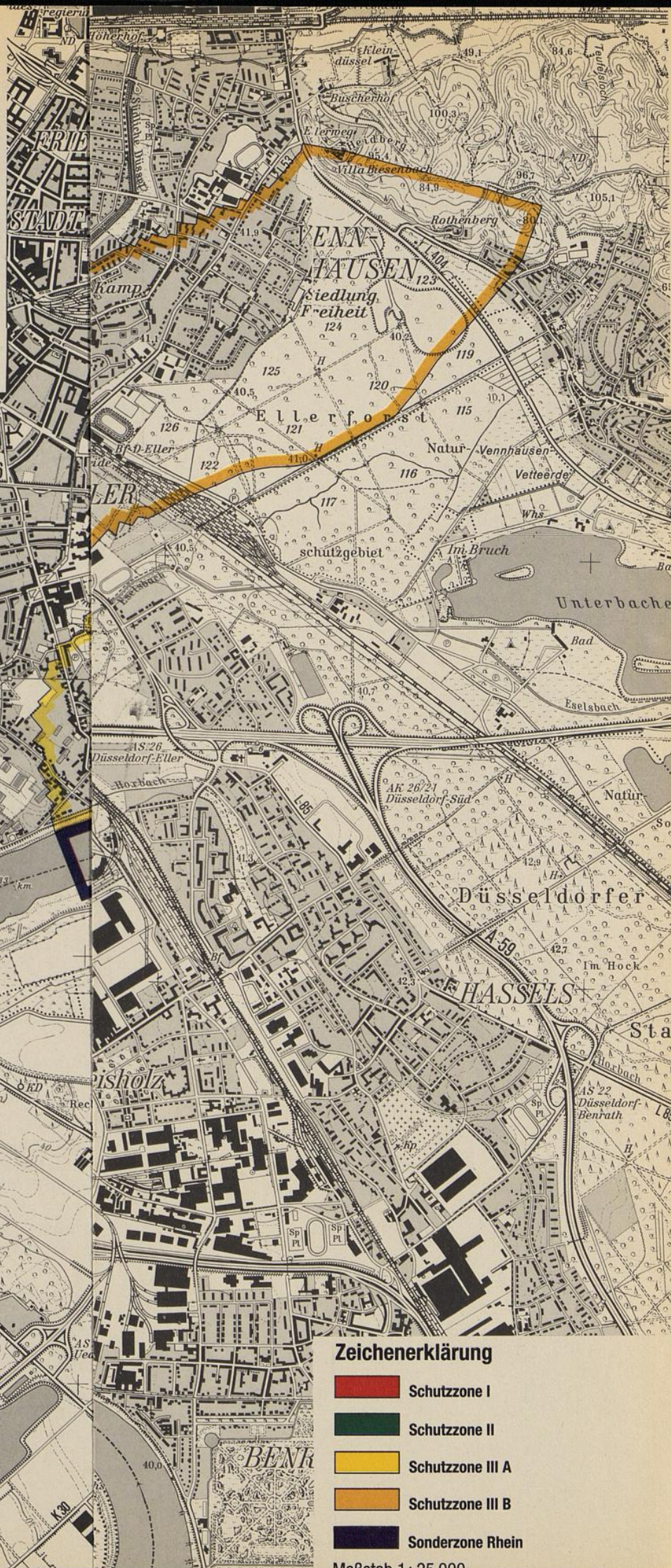
Zusammensetzung aus der Topographischen Karte 1:25 000 (TK 25)

Blätter: 4706 Düsseldorf, 4707 Mettmann, 4806 Neuss, 4807 Hilden,

ervielfältigt mit Genehmigung des Landesvermessungsamtes Nordrhein-Westfalen vom 26.08.1996 Nr. 327/96

Düsseldorf, den 05.07.1999
54.17.02-1
Bezirksregierung Düsseldorf
als Obere Wasserbehörde

gez. Büssow



Zeichenerklärung

- Schutzzone I
- Schutzzone II
- Schutzzone III A
- Schutzzone III B
- Sonderzone Rhein

Maßstab 1:25 000

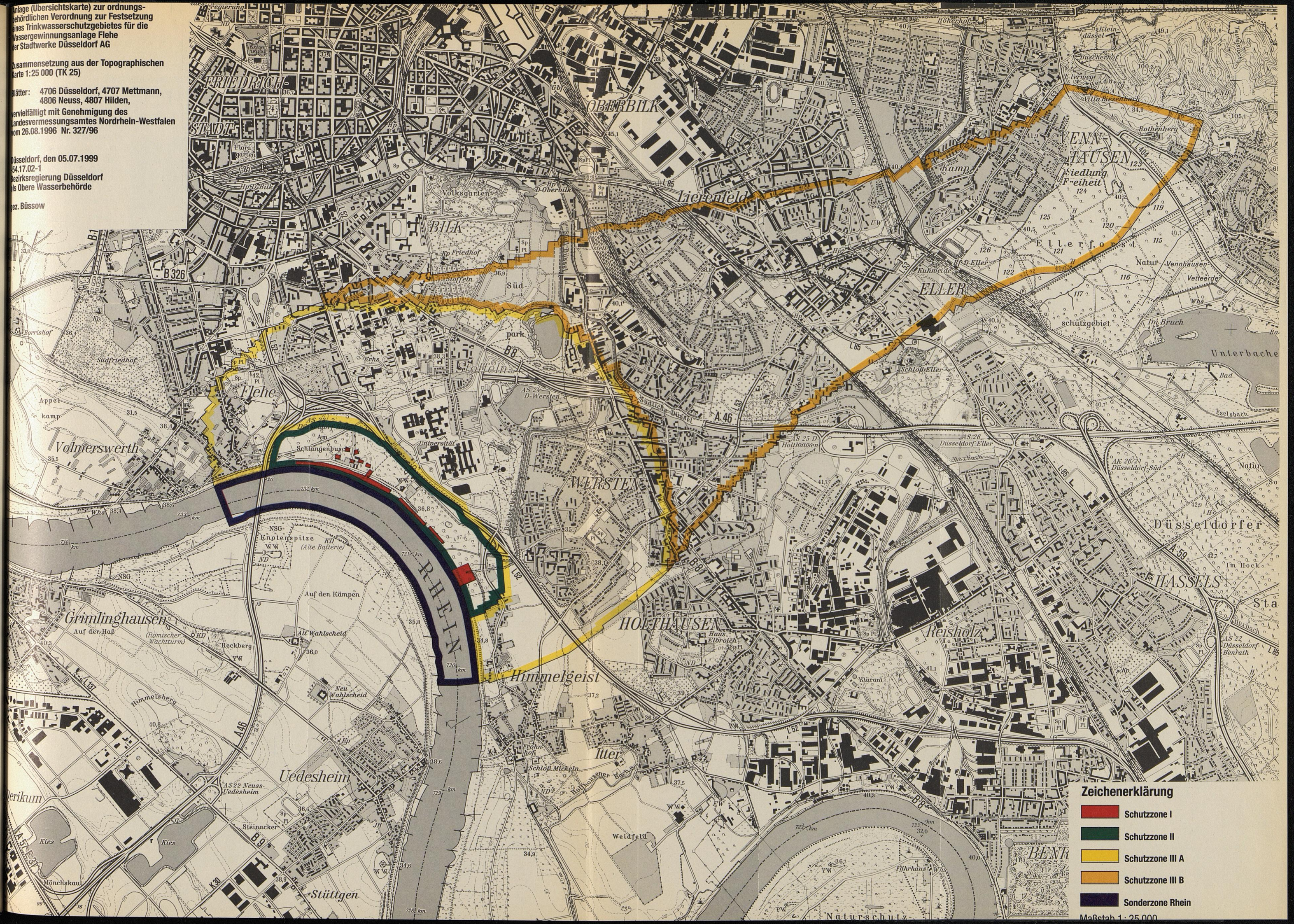
Anlage (Übersichtskarte) zur ordnungsbehördlichen Verordnung zur Festsetzung eines Trinkwasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage Flehe der Stadtwerke Düsseldorf AG

Zusammensetzung aus der Topographischen Karte 1:25 000 (TK 25)

Blätter: 4706 Düsseldorf, 4707 Mettmann, 4806 Neuss, 4807 Hilden, überliefert mit Genehmigung des Landesvermessungsamtes Nordrhein-Westfalen vom 26.08.1996 Nr. 327/96

Düsseldorf, den 05.07.1999
 54.17.02-1
 Bezirksregierung Düsseldorf
 als Obere Wasserbehörde

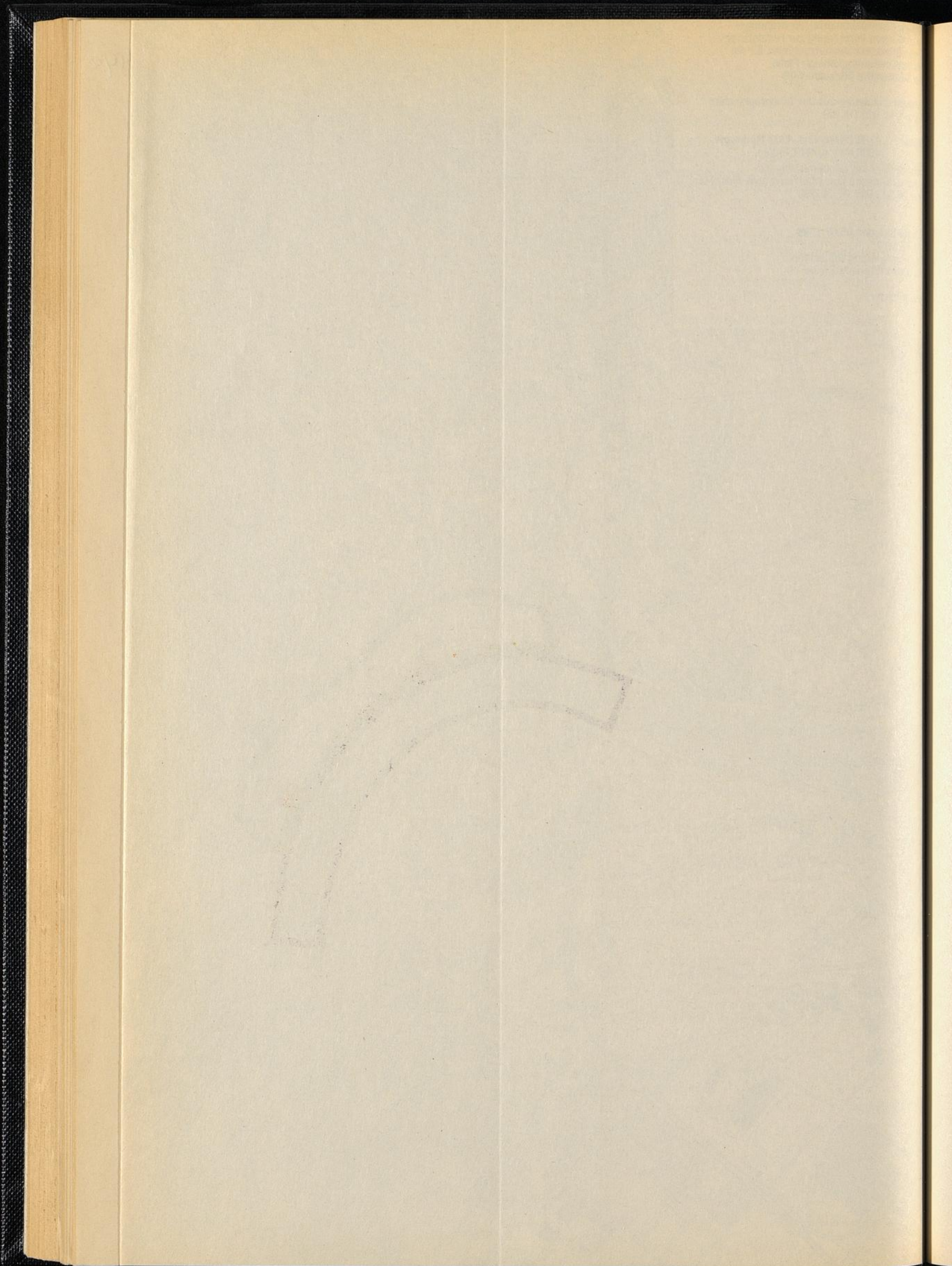
Gez. Büssov



Zeichenerklärung

- Schutzzone I
- Schutzzone II
- Schutzzone III A
- Schutzzone III B
- Sonderzone Rhein

Maßstab 1:25 000



§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) **Abwasser** ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (**Schmutzwasser**) sowie das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser (**Niederschlagswasser**). Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.

(2) **Abwasseranlagen** sind neben Abwasserbehandlungsanlagen alle Einrichtungen, die Abwasser heben, transportieren, zurückhalten, lagern oder sammeln.

(3) **Abwasserbehandlungsanlagen** sind Einrichtungen, die dazu dienen, die Schädwirkung des Abwassers zu vermindern oder zu beseitigen und den anfallenden Klärschlamm für eine ordnungsgemäße Beseitigung aufzubereiten mit Ausnahme von Kleinanlagen, wie z.B. Amalgamabscheidern bei Zahnärzten und Leichtflüssigkeitsabscheidern.

(4) **Erweitern** (einer Anlage) ist jede flächen- oder volumenmäßige Vergrößerung einer Anlage sowie jede Kapazitätserweiterung, die über den bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits genehmigten Umfang hinausgeht.

(5) **Festmist** ist ein Gemisch aus Kot, wenig Harn und Einstreu (z.B. Stallmist/Geflügeltrockenkot).

(6) Eine **gewässerschonende Düngung** liegt vor, wenn entsprechend dem Nährstoffbedarf der Pflanzen in einer Weise gedüngt wird, daß eine Gewässerverunreinigung ausgeschlossen ist. Die Nährstoffgaben sind mit Datum, Art und Menge des jeweiligen Nährstoffes aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind 9 Jahre lang aufzubewahren und auf Aufforderung der Unteren Wasserbehörde vorzulegen.

(7) **Gülle** sind die Gemische aus Kot- und Harnausscheidungen von Rindern, Schweinen oder Geflügel, auch vermischt mit Wasser sowie deren natürliche Umwandlungsprodukte. Zur Gülle im Sinne dieser Verordnung gehören auch die Ausscheidungen von Geflügel ohne Zusatz von Abwasser sowie deren natürliche Umwandlungsprodukte (Geflügelkot).

(8) **Intensivbeweidung** im Sinne dieser Verordnung ist die Beweidung oder Viehhaltung in Pferchen ab vier Großvieheinheiten pro Hektar und Weideperiode (März bis November).

(9) **Jauche** sind die Harnausscheidungen von Nutztier, insbesondere Rindern, Pferden, Schweinen, Schafen oder Ziegen, auch vermischt mit Wasser, Einstreu oder Futterresten.

(10) **Kahlschlag** ist die gleichzeitige Entnahme aller Bestandsglieder eines Waldes auf einer Fläche von über 0,3 ha.

(11) **Nährstoffträger** im Sinne dieser Verordnung sind alle Stoffe, die freie Nährstoffe enthalten oder solche nach einer Mobilisierung freisetzen, wie z.B. Gülle, Jauche, Festmist, Klärschlamm, Kompost, Silagesickersaft, mineralische Düngemittel.

(12) **Nicht zugelassene Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (PBSM)** in Wasserschutzgebieten bestimmen sich nach der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung.

(13) **Eine gewässerschonende Anwendung zugelassener Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (PBSM)** liegt dann vor, wenn durch die Anwendung die Besorgnis einer Gewässerverunreinigung ausgeschlossen ist. Die einzelnen Anwendungsgaben sind mit Datum, Art und Menge aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind 9 Jahre lang aufzubewahren und auf Aufforderung der Unteren Wasserbehörde vorzulegen.

(14) **Recycling-Materialien** im Sinne dieser Verordnung sind die in den gemeinsamen Runderlassen des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft und des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr - IV A 3-953-26308 - III B 6-32-40 (45) vom 25. 4. 1991 - III B 6-32-15/102 - und 30. 4. 1991 genannten industriellen Nebenprodukte und Recyclingbaustoffe sowie Gießereireststoffe nach dem Runderlaß des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr - III B 6-30-05/226 - vom 16. 4. 1993 und vergleichbare mineralische Reststoffe, die mindestens den Anforderungen der vorgenannten Erlasse entsprechen.

(15) **Wassergefährdende Materialien** sind feste Stoffe, aus denen wassergefährdende Stoffe auswaschbar oder auslaugbar sind (z.B. Bauschutt, Müllverbrennungsrückstände, Schlacken, Rückstände des Bergbaus).

(16) **Wassergefährdende Stoffe** sind feste, flüssige oder gasförmige Stoffe, die sich im Wasser lösen, sich mit diesem vermischen, an seinen Inhaltsstoffen haften oder seine Oberfläche bedecken und dadurch die physikalischen, chemischen oder biologischen Eigenschaften des Wassers nachteilig verändern können, insbesondere

- Säuren, Laugen,
- Alkalimetalle, Siliciumlegierungen mit über 30 v.H. Silicium, metallorganische Verbindungen, Halogene, Säurehalogenide, Metallcarbonyle und Beizsalze,
- Mineral- und Teeröle sowie deren Produkte,
- flüssige sowie wasserlösliche Kohlenwasserstoffe, Alkohole, Aldehyde, Ketone, Ester, halogen-, stickstoff- und schwefelhaltige organische Verbindungen,
- Chemische Mittel für Pflanzenschutz, zur Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung (Pflanzenschutzmittel),
- Gifte,
- organische Lösungsmittel,
- radioaktive Stoffe,
- Jauche, Festmist, Gülle und mineralische Düngemittel,
- Silagesickersaft und Molke,
- Klärschlamm und Kompost.

Zu den wassergefährdenden Stoffen im Sinne dieser Verordnung gehören auch die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die nähere Bestimmung wassergefährdender Stoffe und ihre Einstufung entsprechend ihrer Gefährlichkeit (VwVwS) des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 9. März 1990 (GMBL. S. 114) in der jeweils geltenden Fassung aufgeführten Stoffe.

(17) **Wassergefährliche Großanlagen** sind Betriebe und Anlagen, die in erheblichem Umfang wassergefährdende Stoffe abstoßen oder in denen regelmäßig in erheblichem Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird (Lagern,

Sammeln, Umschlagen, Abfüllen, Herstellen, Behandeln, Verwenden, Transportieren).

(18) **Wesentliches Ändern** bzw. wesentliches Erweitern einer Anlage ist jede Änderung bzw. Erweiterung, die die Frage nach einer Besorgnis der Gewässergefährdung erneut aufwirft. Für wesentliche Änderungen, die zugleich eine Erweiterung darstellen, gelten vorrangig die Regelungen betreffend die Erweiterung.

§ 3

Schutzzweck der Zonen I-III und der Sonderschutzzone Rhein

(1) Die Zone I soll den Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage und ihrer unmittelbaren Umgebung vor jeglichen Verunreinigungen und Beeinträchtigungen gewährleisten.

(2) Die Zone II soll den Schutz vor Verunreinigungen durch pathogene Mikroorganismen (z. B. Bakterien, Viren, Parasiten und Wurmeier) sowie vor sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die bei geringer Fließdauer und -strecke zur Trinkwassergewinnungsanlage gefährlich sind.

(3) Die Zone III soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen oder vor radioaktiven Verunreinigungen gewährleisten.

(4) Die Sonderschutzzone Rhein soll den Schutz vor Maßnahmen und Handlungen gewährleisten, die sich qualitativ und quantitativ nachteilig auf die Infiltration von Wasser durch die Rheinsohle und die Ufer auswirken können.

§ 4

Schutz in den Zonen I-III und in der Sonderschutzzone Rhein

(1) In der Zone I sind alle Handlungen verboten, die nicht dem ordnungsgemäßen Betreiben, Warten oder Unterhalten der Wassergewinnungsanlage, der behördlichen Überwachung der Wasserversorgung oder dem Ausüben der Gewässeraufsicht dienen (vgl. auch Anlage A).

Insbesondere ist der Einsatz chemischer Mittel für den Pflanzenschutz, zur Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung und jegliche Düngung verboten. Land- und forstwirtschaftliche Maßnahmen sowie gartenbauliche Nutzung sind verboten, soweit sie nicht dem Erhalten und Pflegen der zum Schutz des Grundwassers notwendigen Grasnarbe und des Baumbestandes dienen.

Das Betreten der Zone I ist nur solchen Personen gestattet, die im Interesse der Wasserversorgung handeln oder mit behördlichen Überwachungsaufgaben betraut sind.

(2) In den Zonen II bis IIIB gelten die in der Anlage A aufgeführten Verbote und Genehmigungspflichten. Soweit die Regelungen sich auf das Errichten, Herstellen, Erweitern, wesentliches Ändern beziehen, gelten sie nicht für den rechtmäßigen Vollzug einer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung vorliegenden bestandskräftigen Genehmigung.

In der Sonderschutzzone Rhein gelten die Regelungen der Anlage A nicht. Die Nutzung des Rheins als Bundeswasserstraße bleibt von den Bestimmungen dieser Verordnung unberührt. Bei Verwaltungsmaßnahmen des Bundes zur Unterhaltung des

Rheins, durch die eine Beeinträchtigung der Wassergewinnung zu besorgen ist, sind die Bedürfnisse der öffentlichen Trinkwasserversorgung im Benehmen mit dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Wasserwerksbetreiber zu wahren. Der Einbau von wassergefährdenden Materialien in die Sohle oder die Ufer ist verboten.

(3) Bei militärischen Übungen und Liegenschaften sind die im DVGW-Merkblatt W 106 „Militärische Übungen und Liegenschaften der Streitkräfte in Wasserschutzgebieten“ vom April 1991 festgelegten Ge- und Verbote zu beachten.

§ 5

Duldungspflichten

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet sowie der Wasserwerksbetreiber haben die wasserbehördliche Überwachung des Wasserschutzgebietes, insbesondere die Befolgung der Vorschriften dieser Verordnung und der nach ihr getroffenen Anordnungen sowie das Beobachten der Gewässer und des Bodens gemäß §§ 19 Abs. 2 Nr. 2, 21 WHG und §§ 116, 117 und 167 Abs. 2 LWG zu dulden.

(2) Die zuständige Untere Wasserbehörde ist berechtigt, im Einzelfall gegenüber Eigentümern und Nutzungsberechtigten von Grundstücken die Duldung weiterer Maßnahmen anzuordnen (§ 19 Abs. 2 Nr. 2 Satz 1 WHG). Dies gilt insbesondere für die Duldung der Anpassung von Anlagen und Einrichtungen an die Vorschriften dieser Verordnung, deren Beseitigung oder erforderliche Sicherungsmaßnahmen für Anlagen und Einrichtungen, von denen die Besorgnis einer Gewässerverunreinigung oder nachteiligen Veränderung der Eigenschaften eines Gewässers ausgehen. Die Duldungsanordnung kann unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes auch für Anlagen und Einrichtungen erfolgen, die nach Maßgabe des sonstigen öffentlichen Rechtes in Bestand und Betrieb geschützt sind (Bestandsschutz).

(3) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten sowie der Wasserwerksbetreiber sind darüber hinaus verpflichtet:

1. Das Errichten, Betreiben und Unterhalten von Einrichtungen zur Sicherung der Zone I gegen unbefugtes Betreten;
2. das Aufstellen, das Unterhalten oder das Beseitigen von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschildern;
3. das Auffüllen von Mulden und Erdaufschlüssen;
4. das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete der zuständigen Behörden zum Beobachten, Messen und Untersuchen des Grundwassers und zur Entnahme von Bodenproben;
5. das Anlegen und Betreiben von Grundwasserbeobachtungsbrunnen;
6. das Errichten und Unterhalten von Anlagen zur Sicherung gegen Überschwemmungen;
7. das Beseitigen von Erdaufschlüssen oder Ablagerungen
und
8. die Kontrolle der Funktion und des Betriebes von Abwasseranlagen

zu dulden. Den Betroffenen, auf deren Grundstücken Untersuchungen im Vollzug der Schutzgebietsverordnung durchgeführt werden, ist das Ergebnis der Untersuchung mitzuteilen.

Die Untere Wasserbehörde ordnet gegenüber den betroffenen Eigentümern oder Nutzungsberechtigten die Duldung gemäß den Absätzen 2 und 3 durch schriftlichen Bescheid an. Der Wasserwerksbetreiber und das Staatliche Umweltamt sind vorher zu hören. Soweit bergrechtliche Belange berührt sind, ergeht die Entscheidung im Benehmen mit dem zuständigen Bergamt. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und dem Duldungspflichtigen zuzustellen sowie dem Wasserwerksbetreiber, dem Staatlichen Umweltamt, der Bezirksregierung und – soweit beteiligt – dem zuständigen Bergamt nachrichtlich zur Kenntnis zu geben.

(5) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken sowie der Wasserwerksbetreiber können im Einzelfall durch Anordnung verpflichtet werden,

1. Maßnahmen zur Beobachtung des Gewässers und des Bodens durchzuführen oder durchführen zu lassen,
2. Aufzeichnungen über die Bewirtschaftung der Grundstücke anzufertigen, sowie die erstellten Aufzeichnungen oder sonstigen Unterlagen aufzubewahren und auf Verlangen vorzulegen.

Absatz 4 gilt entsprechend.

(6) Die Befugnis der Wasserbehörden zu gewässeraufsichtlichen und ordnungsbehördlichen Anordnungen und Maßnahmen auf der Grundlage sonstiger Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

(7) Stellt eine Anordnung nach Absatz 1–5 eine Enteignung dar, so ist dafür Entschädigung nach den gesetzlichen Vorschriften zu leisten (§ 19 Abs. 3 Satz 1 WHG).

§ 6

Düngeanzeigeverfahren

(1) Mit der Anzeige zum Aufbringen von Nährstoffträgern ist für jedes Jahr und für jede Wirtschaftsfläche (Schlag) eine ausgeglichene Nährstoffbilanz nachzuweisen. Grundsätzlich sind die Flächen im Winter bis zum 15. Januar zu begrünen.

Sofern es aufgrund der besonderen Bodenbeschaffenheit und/oder späträumender Kulturen geboten ist, erteilt die Untere Wasserbehörde auf Antrag Ausnahmegenehmigungen vom Gebot der Winterbegrünung.

(2) Der Nachweis der ausgeglichenen Nährstoffbilanz wird dadurch erbracht, daß (z.B. in einer Schlagkartei) dargelegt wird, welche Nährstoffe nach

- Art,
- Menge,
- Art der Aufbringung und
- Zeitraum

aufgebracht werden und daß unter Berücksichtigung

- der Bodenart,
- des Nährstoffinhalts im Boden,
- des Nährstoffentzugs durch die einzelne Frucht und Sorte, Zwischenfrucht und Untersaat

kein Nährstoffüberschuß entsteht.

Ist für Gartenbaubetriebe mit einer hohen Anzahl kleinflächiger Schläge ein schlagbezogener Nachweis unzumutbar, kann die Untere Wasserbehörde

auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung von der schlagbezogenen Nachweispflicht erteilen. In der Ausnahmegenehmigung sind die Wirtschaftsflächen, auf die sich die Pflicht zum Nachweis einer ausgeglichenen Nährstoffbilanz beziehen soll, festzulegen.

(3) Der Nachweis der ausgeglichenen Nährstoffbilanz ist für jedes Jahr der zuständigen Unteren Wasserbehörde bis zum 15. Dezember des zu bilanzierenden Kalenderjahres schriftlich anzuzeigen.

(4) Der Bewirtschafter der Wirtschaftsfläche ist verpflichtet, die Angaben zum Nährstoffinhalt im Boden – bezogen auf den Stickstoffgehalt – durch eine am Anfang und am Ende der Vegetationsperiode durchzuführende Messung eines neutralen Instituts zu belegen (N-min-Untersuchung). Die Messungen am Ende der Vegetationsperiode sind im Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung erstmalig, sodann im Abstand von 5 Jahren durchzuführen. Die Untere Wasserbehörde kann in den dazwischenliegenden Jahren Messungen verlangen

- bei nicht ausgeglichener Nährstoffbilanz,
- bei erhöhtem N-min-Gehalt im Rahmen der Regeluntersuchungen oder
- bei Nichterfüllung der Kriterien des Güllebeurteilungsblattes.

(5) Bei nachgewiesener Überdüngung ist die Untere Wasserbehörde – unbeschadet anderer Rechte – berechtigt, vor Beginn der Vegetationsperiode einen Düngeplan zu verlangen. Abs. 2, Abs. 3 sowie Abs. 4 S. 1 gelten entsprechend.

Bei unvorhersehbarer Nutzungsänderung bzw. nicht absehbarer Kulturfolge sind Abweichungen von der Planung zulässig.

§ 7

Anzeigeverfahren zur Anwendung von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln (PBSM)

(1) Mit der Anzeige zur Anwendung von PBSM ist für jedes Jahr und für jede Wirtschaftsfläche (Schlag) nachzuweisen, daß nach den Kriterien des integrierten Pflanzenschutzes und einer gewässerschonenden Anwendung gearbeitet wurde.

(2) Der Nachweis wird dadurch erbracht, daß in geeigneter Weise (z.B. in einem Pflanzenschutztagbuch oder einer Schlagkartei) die sachgerechte, den Anforderungen des Abs. 1 entsprechende Anwendung nach

- Datum,
- Art und Name des Mittels,
- Menge des Mittels,
- Anwendungsart,
- Kulturart,
- Anlaß der Anwendung (Vorsorge oder konkreter Befall)

dokumentiert wird.

Bei Wahl, Einsatzzeitpunkt, Menge und der Verwendung der Restmenge des PBSM sind die Beratungsempfehlungen der Landwirtschaftskammer zu berücksichtigen. Als Beratungsempfehlungen gelten auch Rundschreiben und Warnmeldungen.

(3) Der Nachweis gemäß Abs. 1 und 2 ist für jedes Jahr der zuständigen Unteren Wasserbehörde bis zum 15. Dezember des zu bilanzierenden Kalenderjahres schriftlich anzuzeigen.

§ 8 Genehmigungen

(1) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die in der Anlage A jeweils genannten besonderen Voraussetzungen erfüllt sind und unter Berücksichtigung der konkreten örtlichen Verhältnisse eine Gewässerverunreinigung oder nachteilige Veränderung der Eigenschaften eines Gewässers nicht zu besorgen ist. Eine solche Besorgnis besteht auch dann, wenn durch eine Mehrzahl von Einzelmaßnahmen oder aufgrund des vorhandenen Gefährdungspotentials im Wasserschutzgebiet bzw. in einzelnen Schutzzonen das Risiko einer Gewässerverunreinigung erhöht wird.

(2) Über die Genehmigungen nach der Anlage A bzw. die Ausnahmegenehmigung nach § 6 Abs. 1 Satz 3 entscheidet die zuständige Untere Wasserbehörde. Dem Genehmigungsantrag sind in vierfacher Ausfertigung Unterlagen wie Beschreibung, Pläne, Zeichnungen und Nachweise beizufügen, soweit sie zur Beurteilung des Antrages und insbesondere der Voraussetzungen gemäß Absatz 1 erforderlich sind. Anträge, die mangelhaft sind oder ohne ausreichende Unterlagen vorgelegt werden, können ohne weiteres zurückgewiesen werden, wenn der Antragsteller die ihm mitgeteilten Mängel innerhalb der ihm gesetzten Frist nicht behebt. Der Antragsteller ist auf diese Folgen hinzuweisen.

(3) Die Untere Wasserbehörde beteiligt den Wasserwerksbetreiber und holt in Problemfällen die Stellungnahme des Staatlichen Umweltamtes ein. Sind Betriebe betroffen, die der Bergaufsicht unterstehen, ist das zuständige Bergamt zu hören. Sind hygienische bzw. gesundheitliche Belange betroffen, ist das zuständige Gesundheitsamt zu beteiligen.

Sind landwirtschaftliche Belange betroffen, beteiligt die Untere Wasserbehörde in Problemfällen die Landwirtschaftskammer.

Will die Untere Wasserbehörde Bedenken des Staatlichen Umweltamtes nicht Rechnung tragen, so hat sie die Weisung der Oberen Wasserbehörde einzuholen.

(4) Die Genehmigung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen und befristet werden. Sie kann zurückgenommen oder nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, soweit es das Interesse der öffentlichen Wasserversorgung gebietet, das Grundwasser im Rahmen dieser Verordnung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen, die bei der Erteilung der Genehmigung nicht voraussehbar waren. Eine Genehmigung kann auch einmalig für bestimmte in der Zukunft liegende Handlungen gleicher Art erteilt werden. Die Vorschriften des allgemeinen Ordnungsrechtes bleiben unberührt.

(5) Der mit Rechtsbehelfsbelehrung versehene Bescheid über den Genehmigungsantrag ist dem Antragsteller zuzustellen und den am Verwaltungsverfahren Beteiligten zu übersenden.

(6) Die Genehmigung erlischt, wenn innerhalb von zwei Jahren nach Bestandskraft der Genehmigung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung ein Jahr unterbrochen worden ist.

(7) Einer besonderen Genehmigung nach den Vorschriften dieser Verordnung bedarf es nicht für Handlungen, die nach anderen Bestimmungen ei-

ner Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung, bergrechtlichen Betriebsplanzulassung oder sonstigen behördlichen Zulassung bedürfen, wenn diese von der Unteren Wasserbehörde oder mit deren Einvernehmen erteilt werden. Absatz 3 gilt entsprechend.

(8) Vorstehende Regelungen gelten nicht für Entscheidungen, die in einem Planfeststellungsverfahren ergehen.

(9) Die nach dieser Verordnung bestehenden Genehmigungspflichten bleiben auch dann bestehen, wenn aufgrund einer Änderung anderer gesetzlicher Vorschriften die danach bestehende Genehmigungspflicht entfällt.

§ 9 Befreiungen

(1) Die Untere Wasserbehörde kann auf Antrag von den Verboten der Anlage A bzw. § 4 Abs. 1 dieser Verordnung Befreiung erteilen, wenn andere Rechtsvorschriften dem nicht entgegenstehen und

1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung **erfordern** oder
2. das Verbot zu einer **offenbar nicht beabsichtigten Härte** führt und die Abweichung mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Gewässerschutzes im Sinne dieser Verordnung, vereinbar ist.

Vor der Entscheidung ist der Wasserwerksbetreiber zu beteiligen.

(2) Dem Wasserwerksbetreiber kann auf Antrag von der Unteren Wasserbehörde Befreiung von den Genehmigungsvorbehalten und Verboten dieser Verordnung erteilt werden, soweit dies zum Betreiben der Wassergewinnungs- und -versorgungsanlage erforderlich und mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit vereinbar ist.

(3) Die Untere Wasserbehörde holt vor ihrer Entscheidung die Stellungnahme des Staatlichen Umweltamtes, in hygienischen und gesundheitlichen Fragen des zuständigen Gesundheitsamtes, in landwirtschaftlichen Problemfällen auch der Landwirtschaftskammer, ein. Sind Betriebe betroffen, die der Bergaufsicht unterliegen, so ist das zuständige Bergamt zu hören. Will die Untere Wasserbehörde Bedenken des Staatlichen Umweltamtes nicht Rechnung tragen, so hat sie die Weisung der Oberen Wasserbehörde einzuholen.

(4) Im übrigen gilt § 8 Abs. 2, 4, 5, 6 und 8 dieser Verordnung entsprechend.

§ 10 Vorrang der Kooperation

(1) Die in den §§ 6 und 7 dieser Verordnung festgelegten Bestimmungen gelten nicht für Mitglieder einer Kooperation, soweit diese verbindliche Regelungen für die in den vorgenannten Paragraphen genannten Tatbestände getroffen hat. Die Regelungen der Kooperation müssen sich an den Inhalten und Zielen dieser Verordnung orientieren.

(2) Im Rahmen des Genehmigungs- und Befreiungsverfahrens bezüglich

- der Umwandlung von Dauergrünland,
- des Neuanlegens und Erweiterns von Gartenbaubetrieben,
- des Errichtens, Erweiterns, wesentlichen Ändern von Güllebehältern,
- der Intensivbeweidung,

- des Anlegens von Silagen und Silagemieten,
- des Errichtens von Silagesilos,
- des Erweiterns des Viehbestandes im Zuge von baulichen Maßnahmen

ist die Kooperation, dessen Mitglied der Antragsteller ist, vor der Entscheidung der Unteren Wasserbehörde von dieser anzuhören.

(3) Eine Kooperation im Sinne dieser Verordnung ist - unabhängig von der Rechtsform - der vertragliche oder mitgliederschaftliche Zusammenschluß von Landwirtschafts- oder Gartenbaubetrieben einerseits und einem Wasserversorgungsunternehmen der öffentlichen Trinkwasserversorgung andererseits. Die Kooperation muß im Rahmen der Zielsetzung der 12-Punkte-Vereinbarung des MURL von 1989 arbeiten und für die Mitglieder bzw. Vertragspartner verbindliche Regelungen mindestens im Hinblick auf die Nährstoffaufbringung und die Anwendung von PBSM treffen.

(4) Die zuständige Untere Wasserbehörde muß berechtigt sein, von den Vertretungsgremien der Kooperation Auskunft über deren allgemeine Tätigkeit zu verlangen. Die Untere Wasserbehörde muß insbesondere die in der Kooperation geltenden Anforderungen an die Düngepläne und -kontrollverfahren sowie die Anwendung von zugelassenen PBSM prüfen können. Dies soll in mindestens jährlichen Beratungsgesprächen geschehen.

§ 11

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach dieser Verordnung genehmigungspflichtige Handlung ohne die Genehmigung nach § 8 vornimmt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach dieser Ver-

ordnung verbotene Handlung ohne die Befreiung nach § 9 vornimmt.

(3) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den nach §§ 6 und 7 dieser Verordnung festgelegten Anzeigepflichten nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 100 000,- DM geahndet werden.

§ 12

Andere Rechtsvorschriften

(1) Ansprüche auf Entschädigungsleistung, Ausgleichszahlung für wirtschaftliche Nachteile oder pauschale Ausgleichszahlung in Härtefällen richten sich insbesondere nach § 19 WHG, §§ 15, 134 und 135 LWG. Das Landesenteignungs- und -entschädigungsgesetz (EEG NW) findet Anwendung.

(2) Die ansonsten in Gesetzen oder aufgrund eines Gesetzes vorgesehenen Verbote, Genehmigungs-, Zulassungs-, Duldungs- und Anzeigepflichten oder Beschränkungen bleiben unberührt. Dies gilt insbesondere für die §§ 6, 19g, 19h, 26 und 34 Wasserhaushaltsgesetz.

§ 13

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf in Kraft.

Sie hat gemäß § 14 Abs. 3 LWG eine Geltungsdauer von 40 Jahren.

Düsseldorf, den 5. Juli 1999

Die Bezirksregierung
als Obere Wasserbehörde
Büssow

Anlage A
zur Wasserschutzgebietsverordnung Flehe

(Zeichenerklärung: V = Handlung oder Maßnahme ist verboten
G = Handlung oder Maßnahme unterliegt der Genehmigungspflicht
durch die zuständige Wasserbehörde)

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
1. Abfallentsorgung/Lagern und Ablagern von Stoffen				
1.1 Anlagen zum Ablagern von Stoffen jeder Art: Errichten, Erweitern	G: Ablagerungen von Locker- und Festgestein, wenn durch Umsetzungs- und Auslaugungsprozesse eine nachteilige Veränderung der Gewässer nicht zu besorgen ist. im übrigen: V	V	V	V
1.2 Abfallbehandlungsanlagen (ausgenommen Anlagen gemäß Zf. 1.4 - 1.6): Errichten, Erweitern	G: Anlagen, in denen feste Abfallstoffe durch Sortieren, Bearbeiten oder Aufbereiten für den Wirtschaftskreislauf zurückgewonnen werden; Bodenbehandlung im Rahmen von Altlastensanie- rung auf dem Altlasten- grundstück, beschränkt auf die Sanierungsmaßnahme im übrigen: V	G: Bodenbehandlung im Rahmen von Altlastensanie- rung auf dem Altlasten- grundstück, beschränkt auf die Sanierungsmaßnahme im übrigen V	V	V
1.3 Errichten und Erweitern von Abfallumschlaganlagen und Zwischenlager (ausgenommen Zf. 1.4 - 1.6)	G	G: vorübergehende Zwi- schenlager im Rahmen von Bautätigkeit im übrigen: V	V	V
1.4 Kompostierungsanlagen (ausgenommen: Bioabfall- und Grünschnittkompostierung aus eigener Nutzung auf privaten Wohngrundstücken und in Kleingärten): Errichten, Erweitern	G: Anlagen für reine Grün- abfälle im übrigen: V	G: Anlagen für reine Grün- abfälle mit einem Durchsatz von weniger als 2 t pro Jahr im übrigen: V	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
1.5 Anlagen zum Umschlagen, Ablagern, Lagern, Behandeln, Zwischenlagern, Aufarbeiten radioaktiver Abfallstoffe (aus- genommen im medizinischen Bereich sowie im Bereich der Prüf- Meß- und Regeltechnik): Errichten, Erweitern	V G: Anlagen zu Forschungs- und Lehrzwecken der Universität	V G: Anlagen zu Forschungs- und Lehrzwecken der Universität	V	V
1.6 Anlagen zum Lagern und Ver- arbeiten von Autowracks, Kraft- fahrzeugschrott, sonstigen mit wassergefährdenden Stoffen be- hafteten Schrotten und Altreifen: Errichten, Erweitern	V	V	V	V
1.7 Wesentliches Ändern von Anlagen gemäß Zf. 1.1-1.6.	G	G - wesentliches Ändern der unter Ziffern 1.2 - 1.5 in Zone III A genehmigungs- pflichtigen Anlagen im übrigen: V	V	V
2. Abgrabungen, Erdaufschlüsse (Ausnahme: Maßnahmen zum Aufstellen von Masten, Verle- gen von Ver- und Entsor- gungsleitungen): Herstellen, Erweitern, wesentliches Ändern.				
2.1 wenn das Grundwasser dauernd oder zeitweise freigelegt wird	G: Baugruben im übrigen: V	G: Baugruben im übrigen: V	V	V
2.2 wenn die Grundwassertüber- deckung wesentlich vermindert oder eine reinigende Schicht abgetragen wird	G: wenn eine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwas- sers verbleibt oder hergestellt wird im übrigen: V	G: wenn eine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwas- sers verbleibt oder herge- stellt wird im übrigen: V	V	V
3. Abwasseranlagen (§ 2 - aus- genommen Anlagen gem. Zf. 4.): Errichten, Erweitern, Wieder- herstellen, wesentl. Ändern	G	G	G: Sanierungsmaß- nahmen im übrigen: V	
4. Abwasserbehandlungsanlagen (§ 2)				

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
4.1 Errichten	G	G: Anlagen zur Behandlung von Niederschlagswasser (Regenbecken, Regenwasserbehandlungsanlagen im übrigen: V	V	V
4.2 Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	G: Sanierungsmaßn. Im übrigen: V	V
5. Abwasser (§ 2): Einleiten, Aufbringen				
5.1 <u>Schmutzwasser, unbehandelt</u>	V	V	V	V
5.2 <u>Schmutzwasser (§ 2), behandelt</u>				
5.2.1 Einleiten in oberirdische Gewässer, die anschließend die Zone II durchfließen	V	V	V	V
5.2.2 Einleiten in oberirdische Gewässer, die anschließend nicht die Zone II durchfließen	G	G		
5.2.3 Untergrundverrieselung oder Verrieselung nach DIN 4261 Teil 2	G	G: im Zusammenhang mit bei Inkrafttreten der Verordnung vorhandenen Anlagen bzw. nach Zf.4.2. genehmigter Änderungen, Sanierungen im übrigen: V	V	V
5.2.4 Versickern über Sickerschacht	V	V	V	V
5.2.5. Großflächiges Versickern über die belebte Bodenzone	G	G: Versickerung über die belebte Bodenzone im Anschluß an eine Behandlung in einer nach DIN 4261 Teil 2 ausgebauten Abwasserbehandlungsanlage im übrigen: V	V	V
5.2.6 Aufbringen auf die Oberfläche	G	V	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
5.3. <u>Niederschlagswasser (§ 2), unbehandelt</u>				
5.3.1 Einleiten in oberirdische Gewässer, die anschließend die Zone II durchfließen	G: aus Wohn- oder vergleich- baren Gebieten, wenn die Dichtigkeit des betreffenden Gewässers im Bereich der Schutzzone II nachgewiesen oder hergestellt wird und dies in geeigneten Zeitabständen überprüft wird im übrigen: V	G: aus Wohn- oder vergleichbaren Gebieten, wenn die Dichtigkeit des betreffenden Gewässers im Bereich der Schutzzone II nachgewiesen oder her- gestellt wird und dies in geeigneten Zeitabständen überprüft wird im übrigen: V	V	V
5.3.2. Einleiten in oberirdische Gewässer, die anschließend nicht die Zone II durchfließen	G: aus Wohngebieten oder vergleichbaren Gebieten im übrigen: V	wie Zone III B	-	-
5.3.3. punktueller Eintrag in den Untergrund (Sickerschacht)	V	V	V	V
5.3.4. Rigolenversickerung	G: aus Wohngebieten oder vergleichbaren Gebieten - ausgenommen Verkehrsanlagen. im übrigen: V	V	V	V
5.3.5. großflächiges Versickern über die belebte Bodenzone	G: aus Wohngebieten oder vergleichbaren Gebieten im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
5.4. <u>Niederschlagswasser (§ 2), behandelt</u>				
5.4.1 Einleiten in oberirdische Gewässer, die anschließend die Zone II durchfließen	G: aus Wohngebieten oder vergleichbaren Gebieten im übrigen: V	G: aus Wohngebieten oder vergleichbaren Gebieten im übrigen: V	V	V
5.4.2 Einleiten in oberirdische Gewässer, die anschließend nicht die Zone II durchfließen	G	G		
5.4.3. punktueller Eintrag in den Untergrund (Sickerschacht)	V	V	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
5.4.4. Rigolenversickerung	G: aus Wohngebieten oder vergleichbaren Gebieten - ausgenommen Verkehrsanlagen. im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
5.4.5. großflächiges Versickern über die belebte Bodenzone	G	G	V	V
6. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen siehe Ziff. 61, 62 und 63				
7. Badebetrieb an oberirdischen Gewässern: Einrichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V	V
8. Bahnanlagen (ausgenommen Rangierbahnhöfe): Ausweisen, Bauen, Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V	V
9. Baugebiete: Festsetzung in Bebauungsplänen (Kleingartenanlagen vgl. Ziff. 29)	V: Gebiete, nach deren Festsetzungen Nutzungsarten zulässig wären, die nach Ziff. 61, 62 und 63 verboten sind <u>Hinweis:</u> Im übrigen sind die Belange des Gewässerschutzes und der öffentlichen Trinkwasserversorgung im Bauleitplanverfahren nach den bauplanungsrechtlichen Vorschriften zu beachten	Wie Zone III B	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
10. bauliche Anlagen: Errichten, Erweitern wesentliches Ändern (für Anlagen gemäß Ziff. 61, 62 und 63 gelten die dort genannten besonderen Regelungen)	V: -wenn der Grund- wasserzustrom zur Wasser- gewinnung aus dem Einzugs- gebiet herausgeleitet wird -wenn Materialien verwendet werden, bei denen die Gefahr der Auswaschung oder Auslaugung wassergefähr- dender Stoffe besteht im übrigen: G	V: -wenn der Grund- wasserzustrom zur Wasser- gewinnung aus dem Einzugs- gebiet herausgeleitet wird -wenn Materialien verwen- det werden, bei denen die Gefahr der Auswaschung oder Auslaugung wasser- gefährdender Stoffe besteht im übrigen: G	V	V
11. Befahren von Gewässern	G: für Fahrzeuge mit Ver- brennungsmotor	V: für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor	V	V
12. Bewässern mit hygienisch nicht einwandfreiem Wasser	-	-	V	V
13. Bodenmaterial: Einbau (siehe wassergefährdende Materialien)				
14. Bohrungen (z.B. auch Erkundungen von Altlasten)	G Ausnahme: für geologische und bodenkundliche Unter- suchungen, Grundwasser- beobachtungsdienst, Nähr- stoffuntersuchungen, Setzen von Weidepfählen, Altlastenerkundungen	wie Zone III B	G: für bodenkundl. Untersuchungen, Grundwasserbeo- bachtungsdienst, Nä- hrstoffuntersu- chungen, Setzen von Weidepfählen, Altlasterkundungen im übrigen: V	V
15. Dauergrünland: Umwandeln in Ackerland	G	G	V	V
16. Düngemittel siehe Nährstoffträger				
17. Festmist (§2) siehe Nährstoffträger				
18. Festmistlager: Errichten, Erweitern	V Ausnahme: mit wasserun- durchlässiger Bodenabdich- tung und geordneter Sicker- wasserableitung	wie Zone III B	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
19. Fischteiche: Anlegen, Erweitern, wesentliches Ändern	G Ausnahme: Zierteiche, oder in Landschaftsplänen fest- gesetzte Biotope	V Ausnahme: Zierteiche, oder in Landschaftsplänen fest- gesetzte Biotope	V	V
20. Fischhaltung mit regelmäßiger Zufütterung	V	V	V	V
21. Friedhöfe: Neuanlegen, wesentliches Erweitern	G	V	V	V
22. Gartenbaubetriebe mit Ge- wächshäusern bzw. baulichen Anlagen: Neuanlegen, Erweitern	G	G	V	V
23. Golfsportanlagen: Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G: wenn eine Besorgnis der nachteiligen Veränderung des Grundwassers durch Nährstoffträger oder PBSM durch eine ausreichende Ab- dichtung der Greens oder ein überprüfbares Bewirtschaf- tungskonzept ausgeschlossen ist. im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
24. Gülle (siehe Nährstoffträger)				
25. Güllebehälter (siehe Ziff. 61)				
26. Intensivbeweidung (§ 2)	-	G	V	V
27. Jauche (siehe Nährstoffträger)				
28. Aufbringen von Klärschlamm	G	V	V	V
29. Kleingartenanlagen: Neuanlegen, Erweitern, Darstel- lung in Flächennutzungsplänen, Festsetzung in Bebauungsplänen	G	V	V	V
30. Kompost (siehe Nährstoffträger)				

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
31. Kompostierungsanlagen (siehe Abfallentsorgung)				
32. Kühlwasser; unbelastetes: Einleiten in den Untergrund	G: großflächiges Einleiten im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
33. Lagern, Campen		V Ausnahme: innerhalb dafür vorgesehener Einrichtungen	V	V
34. Märkte, Volksfeste, Ausstel- lungen, oder ähnl. Veranstal- tungen außerhalb dafür zugelassener Anlagen	G	G	V	V
35. Motorsport	G	V	V	V
36. Nährstoffträger (§ 2)				
36.1 Aufbringen auf Flächen mit land- , forstwirtschaftlicher oder erwerbsgärtnerischer Nutzung, Sportgrünflächen u. öffentliche Grünflächen	anzeigepflichtig (§ 6)	wie Zone III B	V Ausnahme: anzeigepflichtig (§ 6) ist Aufbringen mineralischer Düngemittel	V
36.2 Aufbringen auf sonstigen Flächen	V Ausnahme: gewässer- schonende Düngung (§ 2); Aufbringen von Grünkom- post aus privaten Gärten	wie Zone III B	V Ausnahme: gewäs- serschonende Dün- gung (§ 2) mit mineralischen Düngern	V
36.3 Aufbringen bei Besorgnis der Abschwemmung, insbesondere auf tiefgefrorenem Boden oder auf hängigen Flächen	V	V	V	V
37. Notabwurfplätze des Luftverkehrs: Ausweisen	G	V	V	V
38. Park-, Rastplätze, Stellplätze für mehr als 10 KfZ: Errichten, Erweitern	G	G	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
39. Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (§ 2)				
39.1 Anwenden von in Wasser- schutzgebieten nicht zuge- lassenen PBSM (§ 2)	V	V	V	V
39.2 Anwenden zugelassener PBSM (§ 2) auf Flächen mit land-, forst- wirtschaftlicher, erwerbsgärtnere- rischer Nutzung (§2), Sportgrün- flächen u. öffentl. Grünflächen	anzeigepflichtig (§ 7)	wie Zone III B	wie Zone III B	V
39.3 Anwenden zugelassener PBSM (§ 2) in Privatgärten, Kleingärten	V Ausnahme: gewässerschonen- de Anwendung	wie Zone III B	V	V
39.4 Anwenden zugelassener PBSM (§ 2) auf sonstigen Flächen (insbesondere Verkehrsanlagen, Sportanlagen, befestigte Flächen)	G: gewässerschonende An- wendung (§ 2), wenn es zur Verkehrssicherung erforder- lich ist u. der Anwender einen Sachkundenachweis besitzt im übrigen: V	wie Zone III B	wie Zone III B	V
39.5 Reinigen von Spritzmittelanlagen auf Flächen, von denen abfließ- endes Wasser in ein Gewässer (Grund- oder Oberflächenwasser) gelangen kann	V	V	V	V
40. Pferche (siehe Intensivbeweidung)				
41. Post- und Stromkabel (siehe Versorgungsleitungen)				
42. Rangier- / Güterbahnhöfe				
42.1 Errichten	V	V	V	V
42.2 wesentliches Ändern, Erweitern	G	G	-	-
43. Rastanlagen (siehe Parkplätze)				

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
44. Recycling-Materialien (§ 2): Verwenden bei baulichen Maßnahmen aller Art	V	V	V	V
45. Regenklärbecken, Regenüberlaufbecken (siehe Abwasserbehandlungsanlagen)				
46. Rohrleitungen zum Trans- port wassergefährdender Stoffe im Sinne des § 19 a WHG				
46.1 Errichten, Erweitern	G	G: Rohrleitungen innerhalb von Wohn- oder Betriebs- grundstücken mit ausreichen- den Sicherheitsvorkehrun- gen gegen den Austritt wassergefährdender Stoffe in den Untergrund im übrigen: V	V	V
46.2 wesentliches Ändern, Sanieren	G	G	V	V
47. Schießstände (außerhalb von Gebäuden)				
47.1 Errichten	V: Tontaubenschießen im übrigen: G	G: in Außenanlagen mit Auffang auf abgedichteten Flächen im übrigen: V	V	V
47.2 Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V	V
48. Silagen, Silagemieten Anlegen	V Ausnahme (genehmigungs- frei): mit dichter Bodenplatte mit Auffangbehälter oder wenn keine Sickersäfte entstehen	wie Zone III B	V	V
49. Silagesilos Errichten	G	G	V	V
50. Sprengungen	G	G	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
51. Stellplätze (siehe Parkplätze)				
52. Straßen und Wege				
52.1 Bauen neuer Straßen und Wege	G	G	V	V
52.2 Erweitern und wesentliches Ändern, soweit dies über die übliche Unterhaltung und örtlich begrenzte Verkehrssicherungs- maßnahmen hinausgeht	G	G	G	V
53. Stromkabel (siehe Versorgungsleitungen)				
54. Tontaubenschießen (siehe Schießstände)				
55. Versorgungsleitungen				
55.1 Stromleitungen mit flüssigen, wassergefährdenden Kühl- und Isoliermitteln				
55.1.1 Errichten, Erweitern	G	G: oberirdische Leitungen im übrigen: V	V	V
55.1.2 wesentliches Ändern	-	G	V	V
55.2 sonstige Versorgungsleitungen				
55.2.1 Verlegen	-	-	G: Post, Stromkabel, notwendige Versor- gungsleitungen für das Wasserwerk im übrigen: V	V
55.2.2 Unterhaltungsmaßnahmen	-	-	G	V
56. Viehbestand in landwirt- schaftlichen Betrieben Erweitern im Zusammenhang mit baulichen Maßnahmen	G	G	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
57. Wärmepumpen Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	-	G	V	V
58. Wald				
58.1 Kahlschlag über 1 ha	V	V	V	V
58.2 Kahlschlag (§ 2)	-	-	V	V
58.3 Umwandeln von Wald und forstwirtschaftlich genutzten Flächen in andere Nutzungsarten	G	G	V	V
59. wassergefährdende Materialien einschl. Bodenaushub (§ 2) Verwenden (z.B. Einbau, Verfüllung, Abdeckung von Altlasten, Herstellung von Lärmschutzwällen)	G: Materialien mit Zuord- nungswert Z 0 nach der Richtlinie der Länderarbeits- gemeinschaft Abfall (LAGA) "Anforderungen an die stoff- liche Verwertung von mineralischen Reststoffen / Abfällen - Technische Regel" im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
60. wassergefährdende Stoffe- § 2 - (soweit diese Verordnung keine Sonderregelungen enthält):				
60.1 Einleiten in den Untergrund (z.B. Versickern, Versenken)	V	V	V	V
60.2 offenes oder ungesichertes Lagern	V	V	V	V
60.3 Transportieren	-	-	V A u s n a h m e : Anliegerverkehr	V
61. wassergefährdende Stoffe - Anlagen zum Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Be- handeln und Verwenden (mit Ausnahme von Festmistlagern - Zf. 18 - und Anlagen gemäß Zf. 62 und 63):				

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
61.1 Errichten, Erweitern	G	<p>G:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anlagen zum Lagern von Heizöl und Dieselöl in oberirdischen Anlagen bis 30.000 l zum Eigenverbrauch - Anlagen zum Lagern von Heizöl in oberirdischen Anlagen, für die bei Inkrafttreten der Verordnung bestehenden Gartenbaubetriebe mit Unterglaskulturflächen bis 100.000 l - abgedichtete, eingefaßte und überdachte Flächen zum Lagern von PBSM bis maximal 1 cbm Gesamtvolumen und für mineralischen Dünger bis maximal 100 cbm sowie für Branntkalk - kontrollierbar dichte Behälter zum Sammeln und Lagern von Silagesickersäften und Jauche sowie zum Sammeln von Gülle, ferner oberirdische dichte Behälter zum Lagern von Gülle; - dichte Behälter zum Lagern geringer Mengen sonstiger wassergefährdender Stoffe, höchstens in einer Gesamtmenge bis 200 l; -Anlagen zum Verwenden wassergefährdender Stoffe in geringer Menge, höchstens in einer Gesamtmenge bis 200 l <p>im übrigen: V</p>	V	V
61.2 wesentliches Ändern	G	G	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
61.3 Betreiben von unterirdischen Anlagen bzw. Anlageteilen oder oberirdischen Anlagen von mehr als 1.000 l	zulässig nur, wenn ab Inkrafttreten der Verordnung regelmäßige Überprüfungen der Anlage durch zugelassene Sachverständige § 19 i Abs. II S. 3 Nr. 2 WHG innerhalb der dort genannten Fristen stattfinden im übrigen: V	wie Zone III B	wie Zone III B	V
62. wassergefährdende Stoffe - Anlagen zum Erzeugen, Bearbeiten, Verarbeiten oder Spalten von Kernbrennstoffen, Aufarbeiten bestrahlter Kernbrennstoffe, Erzeugen ionisierender Strahlen sowie Lagern u. Zwischenlagern radioaktiver Stoffe				
62.1 Errichten, Erweitern	V	V	V	V
62.2 wesentliches Ändern	G	G: Maßnahmen, die das Gefährdungspotential vermindern im übrigen: V	V	V
63. wassergefährliche Großanlagen (§ 2)				
63.1 Errichten, Erweitern	V	V	V	V
63.2 wesentliches Ändern	G	G	V	V
63.3 Betreiben vorhandener Anlagen	nur zulässig, wenn ab Inkrafttreten der Verordnung regelmäßige Überprüfungen der Anlage durch zugelassene Sachverständige entsprechend § 19 i Abs. II S. 3 Nr. 2 WHG innerhalb der dort genannten Fristen stattfinden im übrigen: V	wie Zone III B	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
64. gentechnische Anlagen Errichten, Erweitern	G: Anlagen, in denen gentechnische Arbeiten zu Forschungszwecken durch- geführt werden, die den Anforderungen der Gentechnik - Sicherheits- verordnung entsprechen im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
65. Zelten (siehe Lagern)				

C.
**Rechtsvorschriften
 und Bekanntmachungen anderer
 Behörden und Dienststellen**

230 **Ungültigkeitserklärung
 einer Reisegewerbekarte**
 (Sigrid Wituski)

Die Reisegewerbekarte 85/82 für Sigrid Wituski, geboren am 13. Juli 1949 in Remscheid, ist verlorengegangen. Sie berechnigte zum Feilbieten/Ankauf/Aufsuchen von Bestellungen auf Fotoapparate, Musikkassetten, Haushaltwaren, Bier und Wein in fest verschlossenen Behältnissen.

Die Reisegewerbekarte wird hiermit für ungültig erklärt.

Remscheid, den 8. Juli 1999

Stadt Remscheid
 Der Oberbürgermeister
 als örtliche
 Ordnungsbehörde
 Im Auftrag
 Specht

Abl. Reg. Ddf. 1999 S. 171

231 **Ungültigkeitserklärung
 einer Reisegewerbekarte**
 (Adda Aharchi)

Die Reisegewerbekarte 56/95 für Herrn Adda Aharchi, geboren am 1. Januar 1956 in Beni Hadifa, ist verlorengegangen. Sie berechnigte zum Feilbieten/Ankauf/Aufsuchen von Bestellungen auf Second-Hand-Kleidung, Werkzeuge, Schneidwaren, Haushaltwaren, Schuhen, verpackten Lebensmitteln, Kraftfahrzeuge.

Die Reisegewerbekarte wird hiermit für ungültig erklärt.

Remscheid, den 8. Juli 1999

Stadt Remscheid
 Der Oberbürgermeister
 als örtliche
 Ordnungsbehörde
 Im Auftrag
 Specht

Abl. Reg. Ddf. 1999 S. 171

Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattstelle – Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf, zu richten.

Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich.

Redaktionsschluß: Freitag, 10.00 Uhr

Laufender Bezug nur im Abonnement. Abonnementsbestellungen und -abbestellungen können für den folgenden Abonnementzeitraum – 1. 1. bis 30. 6. und 1. 7. bis 31. 12. – nur berücksichtigt werden, wenn sie spätestens am 30. November bzw. 31. Mai der ABO-Verwaltung von A. Bagel, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf,

Fax (02 11) 96 82/2 29, Telefon (02 11) 9 68 22 41, vorliegen.

Bei jedem Schriftwechsel die auf dem Adressenetikett in der Mitte obenstehende sechsstelligen Kundennummer angeben, bei Adressenänderung das Adressenetikett mit richtiger Adresse an die ABO-Verwaltung von A. Bagel zurücksenden.

Bezugspreis: Der Bezugspreis beträgt halbjährlich 21,- DM und wird im Namen und für Rechnung der Bezirksregierung von A. Bagel im voraus erhoben.

Einrückungsgebühren für die 2spaltige Zeile oder deren Raum 1,80 DM.

Einzelpreis dieser Ausgabe 2,- DM zzgl. 1,- DM Versandkosten.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelstücke werden durch A. Bagel, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf, Fax (02 11) 96 82/2 29, Telefon (02 11) 9 68 22 41, geliefert. Von Vorabsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung.

Herausgeber: Bezirksregierung, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach